

251/J

der Abg. DI. Schögl, DI Hofmann, Dr. Grollitsch  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend (europäisches ) Akkreditierungs- , Prüf- und Zertifizierungssystem

Im Bereich des Akkreditierungs-, Prüf- und Zertifizierungswesens in der Europäischen Union sollen einheitliche Normen zum Tragen kommen, die weit über die Beschlüsse des Europäischen Rates und über die Festlegungen in den dazu erlassenen Harmonisierungsrichtlinien hinausgehen. Diese Entwicklung wird durch private Lobbys verstärkt.

Die bereits durchgeführten und aufrechten Akkreditierungen und Notifizierungen werden durch diese Normierungsvorhaben in Frage gestellt. Weiters würde dies zu weiteren bürokratischen Hürden führen.

Diesbezügliche Bedenken werden im Schreiben des deutschen Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung an das Kommissionsmitglied Dr. Bangemann - siehe Beilage - geäußert.

Für die Prüfberichte und Zertifikate der notifizierten Stellen sind die Mitgliedsstaaten voll verantwortlich, ohne weitere Verordnungen von den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes anerkennen zu müssen.

Interessengruppen wie die "European Accreditation of Laboratory" (EAL) und "European Accreditation of Certification" EAC", die teilweise von Vertretern der Kommission unterstützt werden, unternehmen den Versuch, ein zusätzliches Akkreditierungssystem aufzubauen, das die Anerkennung nach EU-Recht zu akzeptierender "notified bodies" in Frage stellt. So wird von den Akkreditierungsstellen etwa verlangt, daß sie neben den Richtlinienanforderungen die geänderte Normenreihe 45000 zu erfüllen haben, sich durch EAL evaluieren lassen müssen sowie zusätzlich EAL-Dokumente anzuwenden haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende

#### ANFRAGE

1 . Ist Ihnen diese Entwicklung im Bereich der europäischen Akkreditierungs- , Prüf- und Zertifizierungssysteme bekannt ?

2. Teilen Sie die Einschätzung, daß durch die Einschaltung einer zusätzlichen Notifizierungsebene einerseits die Kosten für die Mitglieder steigen, andererseits ein weiterer Souveränitätsverlust eintritt ?

3 . Welche Fachabteilung Ihres Ministeriums ist mit dieser Angelegenheit befaßt ?

4. Was werden Sie gegen diesen weiteren Souveränitätsverlust, der mit einer weiteren Aufblähung der Bürokratie und Kostensteigerungen verbunden ist,

unternehmen ?

Anlage wurde nicht gescannt !!!